

Wie Nutzer selbst an einer Aushöhlung von Privatheit arbeiten und wie dem begegnet werden kann, thematisieren unter anderem Göttirk Weber und David Gelernter in zwei Beiträgen. Hier werden die Ambivalenz von Privatheit und die manchmal vielleicht etwas sehr pointierten Positionen deutlich. Weber postuliert einerseits mit Referenz auf den Post-Privacy-Diskurs: „In der neuen digitalen Öffentlichkeit ist Privatheit letztlich nicht möglich“ (S. 67). Andererseits behauptet er, es handele sich dabei nur um eine kontingente Annahme, Nutzer würden sich einreden lassen, „es gäbe keine Alternative zum ‚Ende der Privatsphäre‘ und zu totaler Transparenz“ (S. 70). Hier stimmt er mit Gelernter überein, der das Verschwinden von Privatheit in einer unkritischen Haltung gegenüber Technik begründet sieht. Die Attraktivität von öffentlicher Selbstdarstellung und die Neugier des Menschen erschweren die Aufrechterhaltung von Privatheit. Gelernter weist zudem darauf hin, dass Gesellschaft durchaus auch ohne Privatheit auskommen könne.

Eine besondere Stärke des Bandes scheint mir in den vielfältigen historischen Bezügen zu liegen, die erstens den Blick für die Relativität von Privatheit schärfen und zweitens den Fokus erweitern, indem neben Online-Medien weitere Bereiche angesprochen werden. So beleuchtet Larry Frohman das argumentative Umfeld um die deutsche Datenschutzgesetzgebung und das Volkszählungsurteil in den 1970ern und 1980er Jahren. Er zeichnet dabei einen Wandel vom Sphärenkonzept hin zu der Idee informationeller Selbstbestimmung nach. Für den gleichen Zeitraum rekonstruiert Marcel Berlinghoff den Datenschutzbegriff aus der publizistischen Berichterstattung. Dieser Beitrag erinnert mit Stichworten wie Orwell-Jahr, Rasterfahndung und Verwaltungsautomation daran, wie kritisch der Diskurs um Privatheit zu dieser Zeit geführt wurde. Die von Berlinghoff vertretene These, dass sich die Diskussion damals mit einer zunehmenden Gewöhnung an „Computerisierung“ beruhigte, scheint zudem aufschlussreich für das Verständnis der aktuellen Diskussionen zu sein, ohne dass der Autor hier selbst Parallelen zieht. In einem größeren gesellschaftstheoretischen Rahmen stellt Philipp Aumann den Privatheitsdiskurs. Er weist in Anschluss an Foucault darauf hin, dass schon allein die Möglichkeit der Überwachung einen informellen Normierungsdruck ausübt, führt darüber hinaus aus, wie der Normalitätsdiskurs als Disziplinierungstechnik operiert und wie diese Kontrolltechniken zu einer Selbstkontrolle führen. Gleichzeitig wird damit in Frage gestellt, ob die aktuell diskutierten Privatsphä-

reprobleme tatsächlich so neu sind, beispielsweise wenn die Einführung der Straßenbeleuchtung als Kontrolltechnik interpretiert wird.

Die Beiträge sind insgesamt stark interpretativ, teilweise essayistisch, womit sie sich gut in den aktuellen Diskurs einfügen und einen hilfreichen Überblick bieten. Leider fehlen an einigen Stellen methodische Details, etwa Basisangaben in Diagrammen oder eine nachvollziehbare Darstellung der Erhebungs- und Auswertungsschritte angewandter Verfahren. Trotz der liberal-konservativen Grundhaltung und teilweise zugespitzten Positionen arbeiten die Autoren differenziert und bieten damit vielfältige Reflektionen auf den Privatheitsbegriff.

Jacob Jünger

### Ulla Carlsson (Ed.)

### **Freedom of Expression Revisited**

Citizenship and Journalism in the Digital Era  
Göteborg: Nordicom, 2013. – 169 S.

ISBN 978-91-86523-74-9

Der Sammelband des NORDICOM (Nordic Information Center for Media and Communication Research) zeigt als Nachfolger zu *Freedom of Speech Abridged? Cultural, Legal and Philosophical Challenges* kritische Perspektiven zu den Herausforderungen für die Meinungs- und Medienfreiheit, die sich aus zunehmender Digitalisierung, Globalisierung und marktwirtschaftlicher Ausrichtung der Medien nordeuropäischer Länder (Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden) ergeben. Die Autoren werfen wichtige Fragen nach der Umsetzung und den Grundlagen von Meinungsfreiheit in der nationalen, transnationalen und globalen Medienpolitik auf.

Der Band betont die Wichtigkeit der wissenschaftlichen Betrachtung des Themas, das trotz zunehmender Sichtbarkeit von Angriffen auf und der Möglichkeiten für die Meinungs- und Medienfreiheit vernachlässigt wird, und beleuchtet vor allem das Ausmaß der Bedeutung dieser Fragestellungen dazu.

Dazu ist das Buch in zwei Teile mit neun Kapiteln eingeteilt. Die ersten sechs Kapitel, *Views from a Nordic Horizon*, fokussieren vornehmlich auf Probleme und Herausforderungen in Nordeuropa, während der zweite Teil, *Views from a Global and European Horizon*, eher eine globale Perspektive umfasst.

Helge Rønning stellt auf präziser Art in Anlehnung an eine Studie zur Einstellung der Bürger zu Medienfreiheit in Norwegen aktuelle

Herausforderungen zur Sicherung dieser und Ansätze zum Umgang mit diesbezüglichen Grundrechtskonflikten dar.

Risto Kunelius analysiert verschiedene Aspekte und Ideen von Öffentlichkeit und deren Wandel. Hierbei unternimmt er den Versuch einer Definition von Meinungsfreiheit, die weniger als Schablone für Forschung oder Praxis gedacht ist, als vielmehr die Schwierigkeiten der sich ändernden Konditionen in der Debatte um Medienfreiheit in den Mittelpunkt rückt. Kunelius hebt insbesondere die Spannung zwischen Vorstellung und Realität von Meinungsfreiheit in einer zunehmend diffusen und volatilen Gesellschaft hervor.

Kaarle Nordenstreng setzt sich mit der heutigen Interpretation philosophischer Grundlagen zur Meinungsfreiheit auseinander und kritisiert ebenfalls deren mangelnde Kontextualisierung und fehlleitende Interpretation als „Marktplatz für Ideen“ mit der Ausrichtung auf ökonomische Interessen. Hierfür prüft Nordenstreng mittels „Dekonstruktion des Liberalismus-Mythos“ drei bedeutende Dokumente für die Sicherung von Meinungsfreiheit (Millennium Declaration, Universal Declaration of Human Rights, Constitution of UNESCO) auf ihr zugrunde liegendes Verständnis von Meinungsfreiheit.

Arne Krumsvik skizziert in Anlehnung an Hallin und Mancini (2004) kritisch einen Wandel des norwegischen Mediensystems. Dieser Wandel stellt die traditionellen Eigenschaften des Journalismus im „Nord-/Zentraleuropäischen Modell“ in den Schatten der Eigenschaften des „Liberalen Modells“ mit stärkerer Marktausrichtung im Zuge der Digitalisierung.

Elisabeth Eile analysiert die öffentliche Debatte zur Meinungsfreiheit nach dem Terroranschlag durch den Nationalisten A. B. Breivik am 22. Juli 2011 in Norwegen. Sie bildet die unterschiedlichen Auffassungen von Meinungsfreiheit im Diskurs ab und stellt Perspektiven zum Umgang mit dem Wert der Meinungsfreiheit insbesondere in konfliktären Situationen, wie sie auch im Karikaturenstreit von 2005 diskutiert wurden, kritisch vor. Vor allem die Frage danach, „Wer“ sich für eine un-/eingeschränkte Meinungsfreiheit einsetzt, zeigt die Möglichkeiten der Marginalisierung von Stimmen im öffentlichen Diskurs und deren Motivationen.

Oluf Jørgensen gibt eine Übersicht zum Stand der Informationsfreiheit in NORDICOM-Ländern und befasst sich vor allem mit den gesetzlichen Grundlagen.

Die letzten drei Kapitel sollen eine globale bzw. europäische Perspektive abbilden. Dazu

diskutiert Rikke Frank Jørgensen einen freien Zugang zum Internet als Menschenrecht und zeigt neben staatlichen Eingriffen auch technische und ökonomische Restriktionen auf. Dabei stellt Jørgensen die kritische Frage nach einer neuen gesellschaftlichen Verantwortlichkeit von Unternehmen wie Google, die als neue Gatekeeper die Öffentlichkeit im Internet formen.

Guy Berger zeigt die Schwierigkeiten für einen treffenden internationalen Vergleich des Status der Meinungs- und Medienfreiheit und skizziert den Versuch der UNESCO, diese Lücke zu füllen. Dabei erweist sich nicht nur die Konzeptualisierung von Meinungsfreiheit als Hürde, sondern auch der Mangel an Messinstrumenten und Daten, die den Forderungen nach Kontextualisierung und internationaler Vergleichbarkeit gerecht werden.

William Horsley lenkt die Aufmerksamkeit auf die Defizite zum Schutz von Journalisten, die nicht nur in den bekannten gefährlichen Regionen vorliegen, sondern auch in demokratischen Staaten zunehmen. Horsley listet Ziele und Aktionen auf, die die nordischen Länder und der Rest der Welt zum Schutz von Journalisten, die oft einen der gefährlichsten Jobs zum Erhalt und zur Förderung von Demokratie ausüben, umsetzen sollten.

Anna Celsing beleuchtet abschließend die Anstrengungen und Versäumnisse zur Unterstützung der Förderung von Medienfreiheit und Pluralismus, vor allem im Hinblick auf die zunehmenden Einschränkungen der Medien- und Meinungsfreiheit im Internet und Überwachungsmaßnahmen in der EU.

Wer nach Anstoßen für Diskussionen oder Ansätzen für Forschungsideen sucht, findet im Buch interessante und durchdachte Perspektiven, die dabei vornehmlich liberale Ansichten unterstützen. Fehlende Abstracts bzw. einleitende Bemerkungen zum Aufbau der Inhalte lassen den Sammelband unstrukturiert erscheinen. Zwar können einige Beiträge wichtige aktuelle Fragen mit globaler Reichweite aufzeigen und thematisch anreichen, tiefgehende Analysen und Erkenntnisse finden sich in den kurzen Artikeln jedoch weniger. Dennoch ist vor allem aufgrund der mangelnden Aufmerksamkeit für das Thema mit dem Band ein Ansatzpunkt geschaffen, um weitere Forschung anzustoßen und die Bedeutung freier Medien innerhalb der Kommunikationswissenschaft wieder mehr zu würdigen.

Melanie Radue